

Laibacher Zeitung.

Nr. 270.

Preis: 10 Kreuzer. Im Comptoir gangl. H. 11. Halbj. R. 5.50. Für die Zusendung ins Haus halbj. 20 kr. Mit der Post gangl. R. 15. Halbj. R. 7.50.

Montag, 23. November

Inserionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl., sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr., u. f. w. Inserionskempel 10 Zeilen 30 fr.

1868.

Ämtlicher Theil.

Der Reichskanzler, Minister des kaiserlichen Hauses und des Aeußern, hat den dem k. k. Generalconsulate in Alexandrien zugetheilten Consularen Dr. Johann Drlieb zum Vicekanzler mit der Verwendung bei dem k. k. Viceconsulate in Port-Said und den dem k. k. Consulate in Scutari zur Dienstleistung zugewiesenen Consularen Alexander Rehn zum Vicekanzler dafelbst zu ernennen befunden.

Der Minister des Innern hat den Oberingenieur zu Salzburg August Krumholz zum Bauvater für den Staatsbaudienst in Kärnten ernannt.

Nichtämlicher Theil.

Zur Geschichte des Krieges in Böhmen 1866.

Der k. k. Generalstab hat auf Grund officieller Documente ein Werk: „Geschichte des Krieges in Böhmen“ herausgegeben, in welchem die interessantesten Aufschlüsse über Motive und Hergang der größten Katastrophe, die unsere brave Armee bisher betroffen, enthalten sind. Eine der interessantesten Partien des Buches ist die Correspondenz zwischen Sr. Majestät dem Kaiser und dem FZM. Benedek.

Der officielle Bericht schildert die Vorgänge im Hauptquartier und die Stimmung des Feldzeugmeisters in den Tagen vom 1. bis 3. Juli folgendermaßen:

„Das Armeehauptquartier ritt um 2½ Uhr Morgens (am 1. Juli) von Dubenec über Horenowes, Ehlum, Nedelitz nach Königgrätz, bei welcher Gelegenheit der Armeecommandant die Gegend recognoscirte. Von einer tiefen Verstimmung erfaßt, hatte der Feldzeugmeister bereits alles Vertrauen in sich, seine Umgebung, sein Heer und die große Sache verloren, um derenwillen die Armee in den Kampf gegangen war. In Königgrätz angekommen, erhielt er ein Telegramm, welches Sr. Majestät der Kaiser als Antwort auf die Depesche, die den Rückzug der Armee angezeigt, um 9½ Uhr hatte absenden lassen. Auch traf er dafelbst den Oberlieutenant von Beck aus der General-Adjutantur Sr. Majestät, welcher noch in vergangener Nacht zur Armee gesendet worden war, um sich persönlich von dem Stande der Dinge Kenntniß zu verschaffen. Das erwähnte Telegramm lautet:

„Obgleich seit Ihren Berichten vom 27. und 28. v. M. aus Josephstadt, dann der telegraphischen Meldung vom 29. aus Dubenec das Resultat der Operationen mir unbekannt ist, so habe ich — trotz der Nachricht bezüglich des auf Königgrätz nöthig gewordenen Rückzuges — das feste Vertrauen, daß Ihre energische Führung demnächst günstige Erfolge erzielen und Ihre Kraft die Ordnung erhalten wird.“ (Nr. 3016.)

Doch konnten auch diese großherzigen Worte des Kaisers den gesunkenen Muth des unglücklichen Feldherrn nicht aufrichten; FZM. v. Benedek sah den nächsten Tagen hoffnungslos entgegen, und sendete um 11½ Uhr Vormittags, ohne daß irgend jemand aus seiner Umgebung darum wußte, das folgende Telegramm an den Kaiser ab:

„Bitte Euer Majestät dringend um jeden Preis den Frieden zu schließen; Katastrophe für Armee unvermeidlich, Oberlieutenant Beck geht gleich zurück.“

Sr. Majestät der Kaiser konnten auf den Rath des Armeecommandanten nicht eingehen. Möchte der Letztere die Verhältnisse der Armee nach allen Umständen, die einzelne Corps erlitten, noch so ungünstig betrachten, so rechtfertigte doch nichts, mit dem Feinde in Unterhandlungen zu treten, bevor eine Schlacht geschlagen worden und dieselbe über das Schicksal des Heeres und des Staates entschieden hatte. Auch mußte es jedem Unbefangenen, der den unmittelbaren Eindrücken des Schauplatzes entrückt war, undenkbar erscheinen, daß die Armee völlig kampfunfähig und eine Katastrophe unvermeidlich sei. Es mußten daher auch Unterhandlungen mit dem Gegner sich als ganz unzeitig und in jeder Beziehung ungerechtfertigt darstellen. Sr. Majestät der Kaiser antwortete sonach um 2 Uhr 10 Minuten Mittags telegraphisch dem Armeecommandanten:

„Einen Frieden zu schließen unmöglich. Ich befehle — wenn unabweichlich

— den Rückzug in größter Ordnung anzutreten. Hat eine Schlacht stattgefunden?“ (3020.)

Hierauf meldete der Armeecommandant telegraphisch um 11 Uhr Nachts Sr. Majestät dem Kaiser Folgendes:

„Euer Majestät Telegramme Nr. 3016 und 3020 erhalten, Chiffren verstanden. — 6. und 10. Corps haben außerordentlich, 8. Corps sehr stark gelitten; 1. Corps, wie ich mich heute persönlich überzeugt, und sächsisches Corps theilweise ebenfalls außerordentlich hergenommen, und brauchen mehrere Tage, um sich zu sammeln; auch 4. Corps hat Verluste gehabt.

Von acht Corps sind mithin, ohne Schlacht, bloß nach partiellen Gefechten, nur zwei ganz intact, aber auch diese, sowie die Cavallerie- und Artillerie-Reserve sehr fatiguit; brauchen alle nothwendig Erholung und Beschuhung und sonstige Bedürfnisse, 10. Corps insbesondere auch Kochgeschirre. Die großen Verluste entstanden hauptsächlich durch Zündnadelgewehrfeuer, von dessen mörderischen Wirkung alle ohne Unterschied impressionirt bleiben, die im Gefechte waren.

Alles dieses zwang mich, nach gestrigen Erfahrungen und telegraphisch gemeldeten Debäcle des 1. und sächsischen Corps hieher zu repliiren. Auf dem Wege fand ich den massenhaften Train der Armee, der nicht mehr weit genug zurück disponirt werden konnte, und wenn unter solchen Umständen ein energischer Angriff des Gegners erfolgt wäre oder noch erfolgt, bevor das 1. Corps und die Sachsen wieder geordnet und die Armee sich einigermaßen erholt haben, wäre Katastrophe unvermeidlich. Glücklicherweise drängte der Feind heute bis zur Stunde nicht; ich lasse daher morgen die Armee ruhen und den Train zurück disponiren; kann aber nicht länger hier bleiben, weil bis übermorgen Mangel an Trinkwasser in den Lagern eintreten wird, und setze am 3. den Rückzug gegen Pardubitz fort.

Werde ich nicht überflügelt, kann ich auf die Truppen wieder zählen, und ergibt sich die Gelegenheit zu einem Offensivstoße, so werde ich ihn machen, sonst aber trachten, die Armee so gut wie möglich wieder nach Olmütz zu bringen, und Euer Majestät Allerhöchste Befehle, soweit es nur immer in meinen Kräften steht, gewiß aber mit unbedingter Aufopferung, ausführen.“ (Nr. $\frac{5}{AC}$).

Am nächsten Tage, 2. Juli, 11 Uhr 25 Minuten Vormittags telegraphirte der Generalstabschef der Armee, FZM. Baron Henikstein, noch Folgendes an den General-Adjutanten Sr. Majestät des Kaisers:

„Hoffe, Oberlieutenant Beck's Eindrücke sind durch Telegramm des Feldzeugmeisters von heute Nacht bedeutend modificirt worden. Bitte in diesem Sinne zu wirken. Er war gerade im unglücklichsten Momente eingetroffen, — kann sich alles noch besser gestalten.“

Bevor diese Depesche einlangte, hatte Sr. Majestät der Kaiser die Abberufung sowohl des FZM. Baron Henikstein, wie des GM. Krismanic und des G. d. E. Graf Clam angeordnet.

Der betreffende telegraphische Befehl an Feldzeugmeister v. Benedek hatte gelautet:

„Auf Allerhöchsten Befehl sind FZM. Henikstein und GM. Krismanic ihrer Verwendung zu entheben und hieher nach Wien zu senden, und haben sich Euer Excellenz aus der Armee selbst einen Generalstabschef auszuwählen, in dessen Fähigkeit und Energie Sie gegründete Hoffnung setzen. G. d. E. Graf Clam ist seines Corpscommando's zu entheben und ebenfalls nach Wien zu senden. Sie haben das 1. Corps einem hiefür geeigneten Generalen zu übergeben. Abgehen nach Wien aller drei Generale telegraphisch melden.“ (Nr. 3047.) Grenneville.“

Dieser Befehl kreuzte sich in der Expedition mit einem telegraphischen Antrage des Feldzeugmeisters an Sr. Majestät folgenden Inhalts:

„Wie Oberlieutenant Beck mündlich schon gesagt, ist GM. Krismanic seiner Aufgabe nicht gewachsen. Wüßte als Ersatz nur GM. Baumgarten. Bitte um telegraphische Ermächtigung, den Letztern zum Chef der Operationskanzlei beordern zu dürfen, und Krismanic eine Brigade zu geben, oder zum 3. Corps zuzutheilen.“ (2. Juli, 1 Uhr 40 Minuten Nachmittags.)

Untershalb Stunden später telegraphirte der Feldzeugmeister noch in dieser Angelegenheit:

„Nr. 7/gh. Bevor ich dem Allerhöchsten Befehle nachkomme, möchte ich mir nachstehenden Allerunterthänigsten Vortrag erlauben: FZM. Baron Henikstein 1. Armeecorps, GM. Baumgarten Generalstabschef, GM. Baron Ringelsheim zugetheilt zum 3ten Armeecorps.“

Doch Sr. Majestät ging nur auf den Vorschlag bezüglich der Generale Baumgarten und Ringelsheim ein.

Bei der mit heutigem Telegramme Nr. 3047 angeordneten Hersendung der drei Generale — hieß es in der telegraphischen Antwort auf den Antrag des Feldzeugmeisters — bleibt es.“ (9½ Uhr Abends.)

Die von der Armee abberufenen Generale erfuhren ihre Bestimmung erst am 3. Juli Morgens, und der zum Generalstabschef der Armee neuernannte GM. Baumgarten traf gleichfalls erst am 3. Juli Morgens im Armeehauptquartier ein.

Bis zum Abend des 1. Juli gewann indessen der Armeecommandant eine ruhigere Anschauung, und er sah, wie es die früher gegebenen Telegramme andeuten, die Lage der Armee nicht mehr so verzweiflungsvoll an, wie am Morgen dieses Tages. Bereits um 2 Uhr Nachmittags hatte das Armeecommando die Aussendung von Patrouillen nach allen Seiten gegen den Feind hin angeordnet, um genaue Nachrichten über dessen Stellungen und Bewegungen zu erhalten, und zwar hatte das 3. Armeecorps ein leichtes Cavallerie-Regiment der 3. Reserve-Cavallerie-Division, sowie ein Jäger-Bataillon nach Sadowa vorzuschicken. Ersteres hatte Officiers-Patrouillen gegen Neu-Bhdshow, Horzitz und Groß-Bürglitz vorzusenden; das 4. Armeecorps in nördlicher Richtung gegen Groß-Bürglitz und Choteborek; die 2. leichte Cavallerie-Division auf beiden Ufern der Elbe gegen Josephstadt; auf dem linken Ufer außerdem noch über Smirzitz, Jasena, Wesseltitz und über Librtitz, Bohuslawitz nach Krzin, und endlich die 1. Reserve-Cavallerie-Division über Smirzitz nach Dpogno und Dobruscha, wenn möglich auch bis Neustadt zu patrouilliren.

Abends wurde nachstehender Armeebefehl im Armeehauptquartier ausgegeben:

„Die Armee bleibt morgen in der heute bezogenen Aufstellung. Die großen Bagagen der Truppen sind noch im Laufe der heutigen Nacht zurückzuschaffen, und zwar sind jene der bei Trotina und Nedelitz stehenden Truppen über Kullena und Opatowic auf der dort geschlagenen Kriegsbrücke nach Butowina und Sezemic zu senden, wo dieselben auf einem geeigneten Plage am rechten Ufer des Mantzner Baches aufzufahren haben. Die Bagagen der übrigen Truppen fahren auf der Straße über Kullena, Opatowitz, Pardubitz nach Jesnitzschan, wo sie geordnet das Lager beziehen. Der Train der Armee-Hauptquartiers bleibt morgen in Mladnitšaska.

Der Munitionsparkt steht am linken Elbe-Ufer bei Königgrätz.

Das Armeeschlachtvieh-Depot Nr. 3 ist morgen um 10 Uhr Vormittags in Libišchan, jenes Nr. 5 zur selben Zeit in Opatowic, was behufs Fleischfassung bekanntgegeben wird. — Die Armee-Intendanz wird am 3. d. M. nach Brünn verlegt.

Das Armeehauptquartier befindet sich in der Prager Vorstadt von Königgrätz im „Gasthose zur Stadt Prag.“

Der Feind drängte am 1. Juli nicht nach; vielmehr blieben dessen äußerste Vortruppen ziemlich weit ab von der kaiserlichen Armee.

So blieb die Stellung der Armee bis zur Schlacht von Königgrätz.

P. Grenier von seinen eigenen Landsleuten beurtheilt.

Aus Sklaven, sagt einer der geistreichsten Schriftsteller Deutschlands, läßt sich durch eine Zusammenwirkung von Umständen ein freies Volk machen, aber niemals aus Bedientennaturen. Dieses treffende und durch Erfahrung bewährte Wort gibt gegründete Hoffnung, daß das Völkchen in den Bergen von Tirol noch eines Tages vollkommen zur Freiheit in allen Richtungen das öffentlichen Lebens bekehrt werden und selbst ein Hort der großen Principien unseres Jahrhunderts werden wird. Die Tiroler waren und sind zum Theile noch wohl Sklaven überkommener politischer und religiöser Ideen, aber sie haben immer einen mannbaren individuellen Charakter bewahrt. Sie konnten für eine

in ihren Köpfen entflammte Idee bis zur Aufopferung kämpfen; aber sie sind niemals bedientenhaft feil gewesen.

Zerstreut in den Bergen wohnend, befreundeten sie sich mit dem politischen und religiösen Glauben des Regierungsmannes und des Vertreters der Kirche, die an Abgründen vorbei und über Lawinen in ihre Ortschaften drangen und nahezu die alleinigen Vermittler zwischen ihnen und der Außenwelt, zwischen ihrem harten, unter dem Joche der Nothdurft gebeugten Leben und den Gedanken, die die Welt beschäftigten, waren. Unerschütterlich und unwandelbar wie ihre Berge blieb auch der von ihnen einmal erfasste Gedanke über religiöse und politische Weltordnung. Im Grunde ist dem Naturreich nach kein Unterschied zwischen ihnen und dem Schweizer, denn beide hielten fest an der einmal gewonnenen Anschauung, nur die Ausgangspunkte ihrer Entwicklung waren verschieden, indem der Schweizer durch den Kampf gegen die Fremdherrschaft in andere Bahnen gelenkt wurde.

Ein so kräftiges Volk läßt nicht über Nacht ab vom Hergebrachten, aber es wird um so verlässlicher stehen für die Zeiten der neuen Zeit, wenn die eine von den zwei Autoritäten, die in diesen Bergen maßgebend sind, die Regierung, lange genug auf der jetzt herrschenden Bahn sich fortbewegen und die richtigen Drahtseile zur Vertretung ihres Gedankens dort zu verweben wissen wird. Das wird um so rascher zu bewerkstelligen sein, als die andere Autorität, die Vertretung der Kirche, die imponierende Ruhe verliert und sich zu Leidenschaftlichkeiten hinreißen läßt, welche den wackeren Geist dieses Volkes zum Nachdenken und zu Vergleichen anregen.

Bereits hat die exaltirte Haltung des P. Greuter im Abgeordnetenhaus bei Gelegenheit der Verhandlung über den Ausnahmezustand in dieser Richtung gewirkt. Die freitende Kirche kann einem großen Theile der Tiroler als etwas Erhabenes und Heiliges erscheinen, aber nicht die Berserkerwuth, die gleichgiltig um das Motiv, stets mit schäumendem Munde und rollenden Augen hintobt. So haben nun zwei in Tirol erscheinende Blätter dem Gefühl Ausdruck gegeben, das die letzte Rede des exaltirten Geistlichen im Lande erregt hat. Die „Gazetta di Trentino“ macht darauf aufmerksam, daß in der englischen Verfassung durch einen Paragraphen die Ausstoßung von Mitgliedern, die unwürdig erscheinen, dem Parlamente anzugehören, vorgesehen sei; derselbe sei drei mal, aber noch im vorigen Jahrzehnte zur Anwendung gekommen. Der „Vote für Tirol“ findet es besonders widerlich und verwerflich, daß der ehrenwerthe Herr Abgeordnete für die Czechen die Kastanien aus dem Feuer holen wollte. Sehr treffend erfaßt das Blatt diese sonderbare Thätigkeit des angebliehen Vorkämpfers für Tirol von allen Gesichtspunkten. Die betreffende Stelle scheint so wichtig zur Klärung der Ansichten über Tirol, daß wir sie hier folgen lassen:

„Kann sich Tirol ihm in diesem Sinne anschließen — darf er dabei als Vertreter der politischen Ansichten Tirols gelten? Gewiß nicht. Tirol ist zu gut katholisch, um mit den hussitischen Bestrebungen, die in Czechien unmerklich an den Tag getreten sind, in ein Bündniß zu treten. Tirol ist zu gut österreichisch gesinnt, um mit den eingeleiteten czechischen Panславinen, welche Rußlands Pläne fördern, unter die gleiche Fahne eines unsinnigen Widerstandes gegen unsere Verfassung sich zu begeben. Tirol ist zu gut deutsch, um sich auf die Seite von Fanatikern zu stellen, welche die Deutschen in Prag insultiren, ihnen die Fenster einwerfen und das deutsche Wesen in Böhmen mit allen seinen Wurzeln in wilder Gewalt auszurotten streben. Wo wäre endlich der alte Freiheitsstolz der Tiroler, des tiroler Bauernstandes, wenn es Leute geben könnte, die sich anmaßen dürfen, unser Land nach der Pfeife des feudalen Adels und der feudalen Junker in Böhmen tanzen lassen zu wollen? Ist unsere kräftige Bauernbevölkerung in Tirol so stumpfsinnig geworden, daß sie diese Zumuthung nicht in ihrer vollen Größe begreifen sollte? Sind denn Tirols Bauern nicht mehr die Abkömmlinge jener Vorfahren, die dem Adel zu Trotz einen Frieden mit der leeren Tasche in seine Macht und volksfreundschafliche Herrschaft einsetzten? Wir glauben, sie seien es doch wirklich noch. Aber es muß anders werden. Die Welt soll erfahren, daß der Tiroler sich nicht länger mehr zu freiheitsfeindlichen, verfassungswidrigen Zwecken mißbrauchen läßt von einer täglich mehr schwindenden Partei, welche die Religion gern in den politischen Streit hereinzieht und derselben so selbst unberechenbaren Schaden zufügt. Wir wollen stolz sein auf eine Verfassung, um die uns so viele Länder Europa's zu beneiden alle Ursachen haben, wir wollen treu und freudig an ihr festhalten. Wie viele Kämpfe, wie viele furchtbare Erfahrungen hat sie dem Reiche nicht gekostet? Kein wirkliches Landesrecht wird durch sie verlegt oder unterdrückt; daß die Regierung, daß das Ministerium wirkliche Rechte nachdrücklich zu schützen weiß, hat sich glänzend bewährt, als jüngst eine kleine Minderheit des Reichsrathes die Fortdauer unserer alten Landesvertheidigungs-Ordnung in Frage stellte. Sollten die Tiroler dafür undankbar sein? Dies können wir zur Ehre des Volkes und des Landes uns nicht möglich denken.“

Die spanische Candidatur des Herzogs von Aosta.

Der Correspondent der „Times“ in Paris, der sich schon lange vor der Revolution als eine zuverlässige Quelle in Angelegenheiten Spaniens erwiesen, erwähnt wieder die Candidatur des Herzogs von Aosta für den spanischen Thron als eine neuerdings in diplomatischen Kreisen mehrfach besprochene Möglichkeit, natürlich unter der Voraussetzung, daß die Nation für eine Monarchie entschieden. Der Herzog würde in einem solchen Falle neben der Wahl des Volkes auch eine Stipulation des Utrechter Friedens zu seinem Besitztitel haben. In dem genannten Vertrage war bekanntlich vorgesehen, daß die Kronen Frankreichs und Spaniens nie auf demselben Haupte vereinigt werden sollten, und es war ein vom 5. November 1712 datirter und von Philipp V. von Spanien gezeichneter und beschworener Act beigefügt, in welchem derselbe für sich und seine Nachfolger der Krone Frankreichs entsagt und ausdrücklich den Familienvertrag erwähnt, nach dem für den Fall des Erlöschens der Linie die spanische Krone an den Herzog von Savoyen und dessen männliche Nachkömmlinge, eventuell den Prinzen von Carignan übergehen sollte. Nun sind allerdings Philipps Nachfolger noch nicht ausgestorben, allein die Absetzung der Königin Isabella und die Ausschließung der Linie Don Carlos im Jahre 1834 erzeugen im ganzen das gleiche Verhältniß. Der Correspondent bemerkt dazu, daß mehrere Mitglieder der provisorischen Regierung dem Hause Savoyen günstig gesinnt seien.

Der zweite Wahltag in London.

Am 17. d. M., als am zweiten Wahltage, trug London eine ganz andere Physiognomie als Tags zuvor zur Schau. Gab es auch am ersten Tage keine tiefgehende Aufregung, so konnte man doch in den Mittagstunden wenigstens auf denjenigen Plätzen, woselbst die Candidaten zum Volke sprachen und die Wahl durch Handzettel vorgenommen wurde, große, allerdings nicht sehr reputirliche Menschenmassen beisammen sehen und tollen Lärm mit anhören. In einzelnen Bezirken war es, wie man nachträglich erfährt, sogar recht stürmisch zugegangen und in den meisten hatte man die conservativen Candidaten pöbelhafter Weise gar nicht zu Wort kommen lassen. Gründliche Keisereien kamen jedoch während des Tages nicht vor und nur spät Abends gab es in der Agricultural-Hall (im Bezirke Finsbury), die von den Conservativen zu einem Meeting gemiethet worden war, unruhige Scenen, die jedoch ebenfalls, im Vergleich mit denen früherer Jahre, sanft und milde genannt werden müssen.

Am 17. zeigte London seine Alltagsmiene. Der Fremde, den sein Weg nicht zufällig an einer der Buden vorüberführte, in denen die Wähler ihre Stimmen einschreiben lassen, hätte nimmermehr errathen, daß es sich um die Wahl eines neuen Parlamentes handelte und daß das Schicksal nicht allein des Ministeriums, sondern auch die Politik einer halben Welt von der Entscheidung dieses Tages abhängt. Vor den Abstimmungsbuden ging es ruhig und gemessen zu, der ehrsame Arbeiter und Bürger wies seinen numerirten Stimmzettel vor, ließ seinen Namen eintragen, nannte die Candidaten seiner Wahl und ging ruhig seiner Wege. Da kraft des neuen Wahlbestimmungsgesetzes nicht gestattet ist, daß die Candidaten oder ihre Agenten den Wählern Miethwagen zu Gebote stellen, so vermischte man zum ersten male auch das Treiben der vielen Droschken, die sonst, mit Wählern besetzt und mit Parteiplacaten besetzt, der Stadt an Wahltagen ein eigenthümliches Gepräge aufgedrückt hatten.

Wer selber keinen Wagen besaß und keine Droschke miethen konnte, mußte sich eben zu Fuße bemühen. Und wirklich schien es, als ob sich weniger von ärmeren Wählern beteiligten als sonst, und als ob die neuen Wähler aus den arbeitenden Classen sich nicht so sehr beeilten, ihre Stimmen abzugeben, als man hätte vermuthen sollen. Reiche Candidaten, die sich aristokratischer Verbindungen erfreuen, sind — namentlich auf dem Lande — insofern im Vortheile, als sie ihre und ihrer Freunde Equipagen ihren Wählern zur Verfügung stellen können. Denn das Gesetz verbietet nur das Miethen, nicht aber das Vorgehen von Fahrgelegenheiten, um die Wähler in ihren Wohnungen abzuholen und nach den Wahlstellen zu führen.

Am Abend des 16. waren 61 Wahlen entschieden. Davon 39 zu Gunsten der Liberalen, 22 zu Gunsten der Conservativen. Der Anfang ist somit den Liberalen günstig, zumal da in 6 der gewonnenen Sitze keine Opposition war, während in denselben bei der vorigen Wahl die Tories Gegenandidaten aufgestellt hatten.

Das neue Parlament dürfte trotzdem in seiner Zusammensetzung nicht wesentlich verschieden sein von dem eben aufgelösten. Ein Blick auf die Candidatenliste zeigt, daß trotz aller Prophezeiungen über eine geschlossene Phalanx von Arbeitern, die aus den Neuwahlen hervorgehen und in das Unterhaus eindringen würden, bis jetzt nur zwei Candidaten aus dem Arbeiterstande im Stande waren, sich bis zur eigentlichen Wahl zu behaupten. Dagegen stößt man auf Abkömmlinge der großen Adelsfamilien nach wie vor in hellen Schaaren.

Der Gouverneur von Irland, Herzog von Aber-

corn, sendet einen Bruder und drei Söhne als Repräsentanten der Familie Hamilton zu den Stimmplätzen. Der Herzog von Devonshire ist in ganz derselben Weise vertreten. Lord Derby stellt zwei Söhne, die Familien Wyndham eben so viele und die mächtige Whig-Familie Wentworth rückt mit dreien an, der Marquis of Westminster ist durch zwei Söhne und einen Neffen, der Herzog von Buccleuch durch zwei Söhne und manche andere Familie außerdem noch mehr oder minder stark vertreten. Im letzten Parlamente saßen 136 Söhne, Brüder und sonstige Verwandte von Peers, und das neue Haus verspricht demselben in dieser Hinsicht nicht viel nachzugeben.

Oesterreich.

Wien, 19. November. Bei der soeben zur Feier des Namensfestes Ihrer Majestät der Königin stattgehabten kirchlichen Feier celebrierte der Fürst-Primas das Hochamt, bei welchem die Spitzen des ungarischen Pontificats assistirten. Außer den ungarischen Ministern waren die Magnaten und Staatswürdenträger, die Präsidenden der Delegationen, die hier weilenden Mitglieder des Wiener Reichsrathes, die Delegirten, der Kriegsminister, die Generalität, Viceadmiral Tegetthoff, dann Deputationen der beiden Parlamente und der Stadtpresidenten anwesend. Die Kirche war von der Elite der hiesigen Bevölkerung überfüllt.

19. November. (Sitzung des Unterhauses.) Graf Androssy legte das allerhöchst sanctionirte Ausgleichelaborat mit Croatien, ferner im Namen des Ministers für Communicationen einen Gesetzentwurf über die Großwarden-Klausenburg-Kronstädter Eisenbahn vor. Der Gesetzentwurf über den Volksschulunterricht wurde in der Generaldebatte einstimmig und in der Specialdebatte bis § 19 angenommen.

20. November. (Sitzung des Unterhauses.) Der Minister des Innern zeigt an, daß Ihre Majestät die Königin die Huldigung des Hauses zu ihrem Namensfeste huldvollst entgegengenommen hat. Der Gesetzentwurf über die Personal-Erwerbsteuer wurde in dritter Lesung angenommen. Es wurde hierauf die Specialdebatte über das Volksschulgesetz fortgesetzt und wurden die §§ 16 bis 80 unverändert angenommen.

20. November. (Sitzung des Finanzausschusses der österreichischen Delegation.) Reichskanzler Baron Beust und Sectionschef Baron Drejs sind anwesend. Der Berichterstatter Eichhof beantragt die unveränderte Annahme der Regierungsvorlage, nur sei daselbst ein Rechnungsfehler bei den Functionszulagen des Vorkämpfers von Rom unterlaufen, von welchen nach dem Beschlusse der vorjährigen Delegation 22.600 fl. und nicht 17.000 fl. abzuziehen seien. Bei Berathung über den Dispositionsfond beantragt Rechbauer, von demselben die den beiden Landesministerien zugewendeten Summen auszuscheiden. Baron Beust, Kuranda, van der Straß und Hof sind dagegen. Baron Beust sagt, daß in dem Dispositionsfond auch die Auslagen für die Staatspolizei inbegriffen seien. Es sei praktisch, daß der Minister des Aeußern den Dispositionsfond verwalte, weil dieser der einzige sei, welcher die Gesamtmonarchie vertrete. Rechbauer's Antrag wird abgelehnt und der Dispositionsfond unverändert bewilligt. Der Antrag Groß, für Rom nur einen Geschäftsträger zu bewilligen, wird, nachdem sich Baron Beust dagegen ausgesprochen und sagt: die confessionelle Gesetzgebung werde leichter fortschreiten, wenn mit Rom freundliche Beziehungen erhalten bleiben, abgelehnt. Rechbauer beantragt sodann für Belgien, Dänemark, Niederlande, Portugal, Sachsen, Schweiz und Schweden bloß Geschäftsträger zu bestellen. Baron Beust, Wolfrum und Kuranda sind dagegen. Dieser Antrag wird abgelehnt und hierauf der Etat für das Ministerium des Aeußern unverändert mit der obigen Berichtigung angenommen. Die im verfloffenen Jahre gefasste Resolution wegen Zuweisung der Einkommensteuer des Lloyd an die österreichischen Finanzen wird wiederholt angenommen. Die Denkschriften über eine neue Eintheilung des Personal- und Salariatstatus im Consularwesen und über die Regelung der Bezüge des subalternen Diplomatenpersonals werden dem Subcomité zugewiesen. In der gestrigen Nachtsitzung der Kriegsektion erklärte der Kriegsminister Baron Ruhn, es seien Weisungen ergangen, daß der Rechnungsabschluss vier Monate nach Ablauf des Jahres vorgelegt werden könne. Der Club der ungarischen Linken erließ eine Einladung an die Mitglieder der österreichischen Delegation.

20. November. (Zu der Abendsitzung der österreichischen Delegation) referirte Freiherr v. Hoch über das Pensions-Extraordinarium für das Ministerium des Aeußern und beantragte, statt 70.000 bloß 35.000 fl. zu bewilligen. Pratobevera, Rechbauer, Figuly und Lasser sind dagegen. Kuranda beantragt, bloß 20.000 fl. zu bewilligen, welcher Antrag auch angenommen wurde. Im Uebrigen wurde der Pensions Etat unverändert genehmigt.

Ugram, 19. November. (Landtagssitzung.) Das sanctionirte Gesetz über die Trockenlegung von Vonsko-Polje wurde enthusiastisch begrüßt. Auf Antrag des Domherrn Bukovic wurde Sr. Majestät dem Kaiser eine Dankadresse für die allerhöchste Sanctionirung des Ausgleiches votirt. Wegen Insultirens des neuen Gesetzes wurde der Statthalter die Publicirung auf-

getragen. In das ungarische Oberhaus wurden gewählt: Inkey und Maljevac; ins Unterhaus: Hornath, Petrovic, Car, Jankovic, Herovic, Bedekovic, Benj, Kraljevic, Kis, Miskic, Zuvic, Tomasic, Bulovic, Jostipovic, Anker, Suhaj, die Grafen Peter und Ladislaus Pejacevics, Waller, Fodroczy, Cegel, Balog, Kerestury, Varabas, Zelacic. Die Wahl haben aus verschiedenen Rucksichten ausgeschlagen: Zlatarovic, Kusevic, Stiglic, Janco und der Präsident Bakanovic, letzterer Alters halber. In die Fiumaner Deputation wurden gewählt: Bedekovic, Suhaj, Zuvic und Peter Pejacevics. Morgen findet wahrscheinlich die Schlussitzung statt.

20. November. (Landtagsitzung.) Wegen Einrechnung der im vorigen Jahre zu viel ausgehobenen 1000 Recruten für die diesjährige Stellung wurde eine neuerliche Bitte an Se. Majestät den Kaiser beschloffen. — Der Bischof von Karstadt entschuldigte sein Nichterscheinen. — Als Deputirte für den ungarischen Reichstag wurden außer den mit Majorität gewählten Abgeordneten Bakanovich, Janco, Kusevic und Stiglic, welche gestern resignirten, auf Antrag Zuvic's mit Acclamation wieder gewählt. Sodann vertagte sich der Landtag bis zur Rückkunft der Pester Abgeordneten und stattete in corpore dem Banus Stellvertreter einen Abschiedsbesuch ab.

Rusland.

Berlin, 19. November. (Sitzung des Abgeordnetenhauses.) Die Debatte über das Budget wurde fortgesetzt. Der Finanzminister überreichte einen Gesetzentwurf betreffs Erneuerung des noch unbenützten Militärcredits von 5 Millionen Thaler. Darauf wurde der öffentliche Schuldentat fast unverändert angenommen nebst einem Antrage betreffs Heranziehung des Lauenburger Antheils bei Entrichtung der Staatsschulden der Elbeherzogthümer an Dänemark. Hierauf folgte die Verathung über den Finanzetat. Ein Antrag betreffs Zurückhaltung von 419,311 Thatern der dänischen Schuld bis zur erfolgten Auslieferung der Archive der Elbeherzogthümer wurde angenommen.

20. November. (Sitzung des Abgeordnetenhauses.) Der Antrag des Abgeordneten Girard, betreffend die unbeschränkte Redefreiheit, wurde mit allen gegen etwa 20 Stimmen angenommen. Im Verlaufe der Debatte erklärte der Minister des Innern, daß die Regierung trotz der bestehenden Bedenken, namentlich wegen der Befürchtung eines neuen Conflictes, der unbeschränkten Redefreiheit zustimme, weil auch der Nordbund dieselbe gewährte und weil sie hoffe, daß die Schranken der Sitte die Schranken des Gesetzes ersetzen werden. Die Rede des Ministers wurde beifällig aufgenommen. Die Anträge der Abgeordneten Laske und Löwe auf Vermehrung der Bundeseinnahmen unter gleichzeitiger Verminderung der Steuern für Preußen und Verringerung der Bundesaufgaben wurden abgelehnt.

20. November. (Eine Rüge für Rumänien.) Ein anscheinend inspirirter Leitartikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ sagt: Die in der Pester Delegation bevorstehende Interpellation wegen der Umtriebe in Rumänien wird hoffentlich eine Aufklärung und Beseitigung der irrigen Vorstellungen bringen, welche in Bularester Journalen über die politische Aufgabe Rumäniens hervorgetreten sind. Rumänien als Grenzland gegen Rußland Oesterreich und die Türkei und als Donau-Uferstaat kann die Garantien seiner staatlichen Existenz nur in der sorgsamsten Beobachtung einer stillen und friedlichen Haltung finden. Seine Lage ist darin jener Belgiens ähnlich. Jeder Versuch, ja selbst schon die ansagesprochene Absicht einer Gebietserweiterung involviret ernste Gefahren. Die Agitation für ein erweitertes, unabhängiges, rumänisches Reich ist mit dem Frieden der Völker an der unteren Donau unvereinbar. Bisher war die Hoffnung vorhanden, die rumänische Regierung werde ihre erhöhte Selbstständigkeit benützen, um die Hülfquellen des Landes unter dem Schutze des Friedens und unter Erhaltung guter Verhältnisse zu entwickeln. In Folge der steigenden Erregung der Gemüther durch Parteitagitationen in Rumänien darf man sich indessen nicht der Befürchtung verschließen, daß die Regierung im Lande nicht stark genug sei zur Verwirklichung des für die allgemeine Wohlfahrt notwendigen Programms. Es sei zu unterscheiden, ob die Regierung oder die Regierten Schuld tragen. Keineswegs kann es aber der preussischen Politik entsprechen, von Rumänien aus den europäischen Frieden in Frage gestellt zu sehen. Nach der Neugestaltung Oesterreichs ist die Cultivirung freundschaftlicher Beziehungen mit Ungarn die Hauptaufgabe Rumäniens.

Madrid, 20. November. (Gesandten-Erneuerung.) Zu Gesandten Spaniens bei den auswärtigen Höfen wurden ernannt und zwar: Posada für Rom, Cepana für Florenz, Montemar für Berlin, Rances für Wien, Blas für Haag, Asquerino für Brüssel, Alarcon für Kopenhagen.

London, 20. November. (Die Wahlrede Disraeli's) constatirt die freundschaftlichen Beziehungen zu den auswärtigen Mächten, während bei seinem Amtsantritte die Beziehungen zu Dänemark, Deutschland und Rußland durch die Politik Russell's eine gewisse Entfremdung zeigten. England nehme das größte Interesse an der friedlichen Wohlfahrt des Continents, verschmähe

es aber, durch kostspielige Einmischung in europäische Handel ein imaginäres Machtsehen anzustreben. Englands Interesse erheischt die Erhaltung des europäischen Friedens und es werde seinen Einfluß hiefür stets geltend machen, zu wirklichen Interventionen jedoch nur ausnahmsweise schreiten, wo es nothwendig erscheinen sollte, wie bei der Luxemburg'schen Angelegenheit. Sämmtliche amerikanischen Streitfragen seien einer günstigen freundschaftlichen Lösung nahe.

New-York, 20. November. (Ein amerikanisches Gesandter) wurde nach Affancon beordert, um von Lopez Genugthuung für die Beschimpfung der Unioneflagge zu fordern.

Zur Reform des Fallitverfahrens

schreibt das „Wiener Handelsblatt:“ Ob man nicht den beiden Uebeln — Concurse und gerichtliches Ausgleichsverfahren mit seinem Zwangsrecht gegen die Minorität der Gläubiger — durch ein drittes, hievon grundverschiedenes Verfahren aus dem Wege gehen könnte, welches die Vermögenszerplitterung im Concurse und die im Zwangsvergleich unseugbar bestehende Härte und Eigenthumsverletzung zu beseitigen vermöchte? Es wäre das der Weg des außerordentlichen Accords und des gerichtlich festgesetzten Moratoriums, welches ja auch im jetzigen Zwangsausgleichsverfahren dessen Grundgedanke und der wesentlichste, nicht bloß nebensächliche Begriff ist.

Dieser Gedanke, so wenig sich die Handelswelt mit ihm bisher befaßt hat, ist in Deutschland nicht neu, ja mehr noch, er ist seit mehr als einem Vierteljahrhundert praktisch verwirklicht, hat sich vortrefflich bewährt und eine große Zahl von Fallimenten hintangehalten. Wir verweisen auf das in Bremen durch die Debitordnung vom 1. Juli 1843 eingeführte sogen. Moratoriumsverfahren, dessen Grundzüge folgende sind:

Ist Jemand fallit, so wendet er sich mit einer Eingabe an das Gericht, welches ihm ein Veräußerungsverbot zustellt, einen provisorischen Massenverwalter ernennet und die Gläubiger zusammenberuft. Diese wählen einige Deputirte, an deren Zustimmung der Gemeinschuldner überall gebunden ist. Es wird nun vorerst ein Moratorium von etwa 6 Monaten bewilligt, innerhalb welcher die Deputirten die Angelegenheiten zu ordnen versuchen und Accordvorschlüge machen, durch welche die Sache in der Regel unzerzückt beendet wird, ohne daß es zum Concurse kommt.

Dieses äußerst summarische Verfahren hat, wie man sich durch eine 25jährige Praxis überzeugen, den großen Vorzug an sich, daß es manche Härten, die mit unserem österreichischen Concurse- und Ausgleichsverfahren unauflöslich verbunden sind, beseitigt, sehr viel bei diesem auf nutzlosen Formalismus verschwendete Zeit erspart, den Kostenaufwand erheblich verringert und gleichwohl die Rechtsansprüche der Gläubiger mindestens eben so sicher wahr, als im förmlichen Concurse, daß aber auch durch eine raschere und kaufmännische Verwaltung des Geschäftes, wie des Handlungsvermögens das Interesse der Gläubiger sowohl als auch des Gemeinschuldners gleichmäßig gewahrt wird.

Der Hauptwerth des Moratoriumsverfahrens aber, welchem die Juristen gewiß ihre volle Zustimmung schenken, liegt darin, daß ein auf diesem Wege zu Stande gekommener Vergleich kein Zwangsvergleich für die Minorität ist. Durch die Annahme desselben seitens der nach gesetzlichen Normen (absolute Mehrheit nach dem Betrage der Forderungen) gebildeten Majorität wird die überstimmte Minderheit nicht zum Nachlaß ihrer Forderungen verpflichtet, sondern behält ihre vollen Rechtsansprüche, jedoch mit der Beschränkung einer gesetzlich erzwungenen Zufristung selbst für eine Reihe von Jahren. In diesem Verfahren findet man den Begriff des Moratoriums in zweifacher Gestalt: es erscheint zuerst als präventive Maßregel zur Verhütung des Concurseverfahrens, indem es dem Gemeinschuldner noch eine Frist allenfals bis auf sechs Monate gewährt, während welcher er vielleicht in die Lage kömmt, unter Sicherstellung der vorhandenen Activa und unter Verwaltung derselben durch die Gläubiger den gerichtlichen Concurse zu vermeiden. Hierzu ist aber um so gegründeter Aussicht, als das Moratorium in seiner zweiten Gestalt dem Gläubiger die Wahl läßt, ob er einen Theil seiner Forderung im Wege des Vergleiches fallen lassen, den andern aber dafür gleich realisiren will, indem er sich der Majorität für die Vergleichsbedingungen anschließt, oder ob er seine ganze, dann freilich mehr oder weniger ideelle Forderung unverkürzt aufrecht erhalten, auf die Realisirung aber warten will.

Noch ist die neue Concurseordnung im Reichsrathe nicht durchberathen; möge er Veranlassung nehmen, auch das Bremer Moratoriumsverfahren zu prüfen.

Tagesneuigkeiten.

(Auszeichnungen an Künstler.) Se. t. und k. Apostolische Majestät haben mit der allerhöchsten Entschliekung vom 19. November d. J. aus Anlaß der in Wien veranstalteten dritten allgemeinen Kunstausstellung so wie der Eröffnung des Künstlerhauses daselbst allergnädigst zu ver-

liehen gerührt: den Orden der eisernen Krone dritter Classe tägtrei dem Architekten Friedrich Stacks und dem Bohemischen Maler Joseph Selleny; das goldene Verdienstkreuz mit der Krone dem Architekten August Weber in Wien. Seine Majestät der Kaiser und König haben aus Anlaß der dritten allgemeinen deutschen Kunstausstellung ferner, noch mit Allerhöchster Entschliekung vom 19. November d. J. zu verleihen gerührt: Das Comthurkreuz des Franz Joseph Ordens dem Director der königl. Academie der bildenden Künste in München Wilhelm v. Kaulbach; das Ritterkreuz des Franz Joseph Ordens dem Professor an der k. Academie der Künste zu Düsseldorf Ludwig Knaut, dem Maler Benjamin Bantier daselbst und dem Professor an der königl. Academie in Dresden Ludwig Richter.

(Das Ackerbauministerium.) Wie die „N. Fr. Pr.“ meldet, hat Graf Potocki nunmehr den Personal-Status des Ackerbauministeriums ergänzt und vervollständigt. Sectionsrath in diesem Ministerium ist Baron Weiß v. Teufenstein; Ministerialrath der bekannte Verfasser vieler landwirthschaftlichen Werke, Dr. W. Hamm; als Sectionsräthe fungiren: Heger und Celer von Marenzeller, welchen vier Ministerial-Secretäre: Schauenstein (mit Titel und Charakter eines Sectionsrathes), Dr. J. Lorenz, Pezzer und Casimir Fortwängler zugetheilt sind; Ministerial-Concipisten sind: Dr. Bichter, Dr. Celer v. Blumfeld (mit Titel und Charakter eines Ministerial-Secretärs), zugleich Präsidial-Secretär, und Baron Hohenbrud; Ministerial-Concept-Adjunct Graf Constantin Werschowitz-R. v. Vorstand des Montan-Jahresrechnungs-Departements ist Rechnungsrath Dworak, welchem vier Rechnungs-Officielle beigegeben sind. Als Hilfsämter-Director fungirt der früher in der Präsidial-Kanzlei des Handelsministeriums verwendete Beamte Singer mit dem Hilfsämter-Directions-Adjuncten Hönig (früher Official im Handelsministerium); endlich als Rechnungsrath und Vorstand des administrativen Rechnungs-Departements der frühere Rechnungs-Official in dem erwähnten Ministerium: Joseph Hilo. Mit der Organisirung der Hilfsämter ist auch die Bildung des Personal-Status in diesem Amte abgeschlossen, nachdem bisher vorläufig das Beamten-Personal des Handelsministeriums den Dienst in demselben versehen hatte.

(Freimaurer in Oesterreich.) Vor einiger Zeit ist Professor Dr. L. Lewis in Wien um die Bewilligung eingekommen, die im Jahre 1848 aus Anlaß des Belagerungszustandes sistirte Freimaurerloge zum heiligen Joseph wieder eröffnen zu dürfen. Auf dieses Gesuch ist nun folgender Bescheid erlossen: „Die k. k. Statthalterei findet sich bestimmt, die von Czer Wohlgeboren beabsichtigte Bildung der Freimaurerloge in Wien zum heiligen Joseph im Sinne des § 6 des Vereinsgesetzes vom 15. November 1867 als ihrer Einrichtung nach geschwändig zu untersagen, weil der § 8 der vorliegenden Statuten die Bestimmung enthält, daß nur Mitglieder einer gerechten, geschwändig Loge der Zutritt in die Versammlung gestattet werden darf, somit ein Abgeordneter der Behörde von der Versammlung ausgeschlossen wäre, während es nach § 18 des Vereinsgesetzes der Behörde freisteht, zu jeder Vereinsversammlung einen Abgeordneten abzusenden, und weil ferner die Statuten auch keine Bestimmungen über die Art der Bildung des Vereins, über die Beschaffung der Vereinsmittel und über die Art der Beschluffassungen, endlich auch keine Aufklärung über das Wesen der im § 2 der Statuten erwähnten symbolischen Gebräuche enthalten. Wien, am 13. November 1868. Weber.“

(Ein Wolf) ist neulich in der Abenddämmerung von den Waldbauern im Dner Gebirge erlegt worden.

(Postberaubung zwischen Jssal und Keskemet.) Die Diligence von Keskemet ging in Begleitung eines Soldaten Nachts um halb 12 Uhr von Jssal ab: sie führte 2875 Gulden Baargeld und einen Reisenden, den Handwerksburischen Szobay aus Kis-Körös mit sich. Als der Wagen kaum zwei Stunden von Jssal über die Agaseghazer Garda hinaus gekommen war, wurde plötzlich das Fuhrwerk von beiden Seiten angegriffen. Der Soldat, welcher links neben dem Kutscher saß, ward von einer Kugel in die rechte Seite getroffen und erhielt drei Beiliebe über den Kopf; während der Kutscher, welcher rechts saß, in den linken Arm, die Brust und die Seite zusammen einundzwanzig Schrottlöcher erhielt, diese verursachten jedoch keine tödtlichen Wunden, denn aus der Section ging hervor, daß der Kutscher noch Zeit hatte, vom Wagen zu springen und zu ringen; seine rechte Hand war nämlich krampfhaft geschlossen und mit Haaren gefüllt, welche mutmaßlich einem der Räuber aus dem Kopfe gerissen wurden. Während des Ringens wurde das Gesicht des Kutschers mit Beilieben verstümmelt. Der dritte junge Reisende, welcher im Wagen erschossen wurde, zeigte am Schädel einen Einbruch, der von einem mächtigen Schläge herrührte; sein Körper war ganz zu Kohle verbrannt und es ist wahrscheinlich, daß der Pfosten des Schusses im Heu durch den Wind angefaßt wurde, weshalb Leiche und Wagen ganz verbrannt wurden. Alle Postsendungen und Decreten, sowie die Waffen und Patronen des Soldaten nahmen die Räuber mit sich und nur das Bajonnet desselben wurde andern Tags fünfzig Schritte vom Toortorte entfernt gefunden. Von den Thätern weiß man bis heute nichts.

(Waldverwüstung.) Von vielen Selten wurde in letzterer Zeit über bedeutende Schäden berichtet, welche in Folge des großen Schneefalles, namentlich in Böhmen entstanden sind. Ganz unerhört jedoch sind die Verwüstun-

gen, welche in den Waldrevieren der Fürst Lichtenstein'schen Domäne Mattap die Wucht des Schnees in Verbindung mit einem heftigen Sturmwinde anrichtete. Wie der „Brag. Ztg.“ von dort berichtet wird, sind nicht weniger als 9000 Stämme gebrochen, auf einem verhältnismäßig kleinen Flächenraum, dem sogenannten Thiergarten, liegen allein 2000 Klasten Holz am Boden und der Schaden ist um so größer, als es meist junge Stämme von 6 bis 7 Zoll Durchmesser sind, die vernichtet wurden. Nicht geringer soll die Verwüstung in den Söbauer Wäldern sein.

— (Vom neapolitanischen Brigantaggio.) Am 4. d. M. wurde auf einem in der Provinz Catanzaro gelegenen Gute des Barons Perrone der junge Baron in seinem Schlafzimmer von drei Briganten überfallen und nebst zwei Bauern in die Gebirge geschleppt. Die Bauern wurden zurückgeschickt, um den trostlosen Eltern anzuzeigen, daß sie 30.000 Ducati zahlen müßten, widrigenfalls ihr Sohn getödtet werden würde. Truppen und Nationalgardien wurden sofort zur Verfolgung der Briganten aufgegeben, von denen man jedoch bis jetzt keine Spur hat.

— (Suez canal.) Aus Alexandria wird berichtet, daß man beim Ausgraben des Suezcanals auf Felsen, statt wie man voraussetzte, auf Sand gestoßen ist. Dies würde die Eröffnung des großen Werkes sehr verzögern, und, wie es heißt, ist noch eine starke Vermehrung des Anlagecapitals nöthig, bevor der Canal vollständig dem Betriebe übergeben werden kann.

— (Lebendig todt.) In Louisiana ist die Todesstrafe durch folgende Maßregeln ersetzt worden: Die Mörder werden in isolirte Zellen eingesperrt. Vor jeder Zelle ist ein kleiner Raum, wo sie arbeiten dürfen. Der Verurtheilte wird als tot betrachtet für Bekannte und Verwandte, ja selbst für den Kerkerdiener, der kein Wort mit ihm wechseln darf. Seine Zelle ist schwarz angestrichen. Die Thüre trägt in großen Buchstaben die Inschrift: „In dieser Zelle ist eingesperrt, um daselbst sein Leben in Einsamkeit und Kue zu verbringen, A. B., überführt des Mordes an C. D.“

— (Rossini's Leichnam und Testament.) Ein Telegramm aus Florenz meldet, daß eine Deputation der Stadt Florenz sich nach Paris aufgemacht hat, um die sterbliche Hülle Rossini's für seine Geburtsstadt zu reclamiren; man versichert aber, daß der Meister in seinem letzten Willen die Bestimmungen über seine Bestattung durchaus in die Hände seiner Witwe gelegt und daß diese sich für die Päre Locatelli entschieden habe. Von dem Testament Rossini's vernimmt der „Figaro“ folgende Einzelheiten, welche indeß noch der Bestätigung zu bedürfen scheinen: „Der Nachlaß beläuft sich auf 2,500.000 Fr. Frau Rossini erhält den lebenslänglichen Nießbrauch dieses Vermögens, welches nach ihrem Tode zur Gründung eines Musikconservatoriums dienen soll. (?) Ein besonderes Vermächtniß ist für die französische Akademie ausgesetzt; es soll nämlich ein jährlicher Preis von 6000 Fr. gegründet werden für das beste musikalische Werk, so zwar, daß 3000 Fr. auf den Componisten und 3000 Fr. auf den Verfasser des Textes entfallen sollen, wobei Rossini ausdrücklich hinzusetzte, daß besonders auf M. Lodiens Rechtum gesehen werden soll, aus welchen man in letzterer Zeit nicht genug Gewicht zu legen scheint.

Locales.

— Am 21. d. M. beehrte die Gemalin des Herrn Landespräsidenten Frau v. Conrad-Cybesfeld das Kaiserlich-Kinderhospital mit ihrem Besuch. Vom Obmann-Vertreter, dem Director und zwei Schugdomen empfingen, verweilte sie eine Stunde daselbst und standigte sich mit liebevoller Theilnahme um die kleinen Kranken, welche sie freundlich betrachtete.

— (Ernennung.) Sr. k. und k. apostolische Majestät haben mit allerhöchster Entschlichung vom 15. d. M. den Herrn Landesgerichtsrath Franz Kromer zum Rthe des k. k. oberösterreichischen Landesgerichts allergnädigst zu ernennen geruht. Eine so lebhaft Freude auch diese Beförderung bei allen Freunden und Gönnergenossen des Herrn Landesgerichtsraths hervorgerufen wird, so werden dieselben nicht minder lebhaft das Schicksal eines durch seine

Biederkeit und Charakterfestigkeit im öffentlichen Leben hochgeachteten Mannes bedauern.

— (Militärgerichtliches Urtheil.) Der Unterofficier Rip der 2. Compagnie vom Regimente Graf Huyn Nr. 79, der einen Gemeinen wegen des Verlustes von 14 kr. im Spiele mit 3 Säbelhieben über den Kopf veranlaßte, daß derselbe den Folgen der Verwundung erlegen ist, wurde wegen Verbrechen des Todschlages neben Degradirung zum Gemeinen und Verlust der Befreiung von der körperlichen Züchtigung zu 7 Jahre schweren Kerkers verurtheilt.

— (Falsche Staatsnoten.) Am letzten Samstag wurden hier falsche Gulden=Staatsnoten ausgegeben, die so gelungen nachgemacht waren, daß sie anstandslos angenommen wurden. Erst später bemerkte man, daß es Falsificate seien. In einem hiesigen Geschäft hatte man drei solcher Falsificate, muthmaßlich von Landleuten, eingenommen.

— (Zur Geschichte der Numismatik in Oesterreich) lieferte unser begabter Landsmann Dr. Arnold Luschn, Beamte des Joanneums in Graz, in einer der letzten Sitzungen der philosophisch-historischen Classe der Wiener Akademie der Wissenschaften einen interessanten Beitrag, in dem er einzelne Gesichtspunkte aufzustellen und zu begründen suchte, welche einiges Licht über das dunkle Gebiet der österreichischen Numismatik des 13. und 14. Jahrhunderts verbreiten. Wir entnehmen daraus, daß die ersten Pfennige unter Heinrich Jasomirgott erschienen und unter Leopold V. bereits Münzstätten zu Wien, Wiener-Neustadt, Enns und auf kurze Zeit in Krems existirten.

— (Verein der Aerzte.) Nächsten Samstag, d. i. am 28. d. M., findet eine wissenschaftliche Versammlung des Vereins der Aerzte in Krain zu Laibach in dessen Museallocale statt. Programm: A. Innere Vereinsangelegenheiten. B. Wissenschaftliche Vorträge: 1. Professor Dr. Schiffer: Mittheilung aus der Praxis; 2. Bezirksmundarzt Bep: über Syphilis; 3. Director Dr. Gregoric: Mittheilungen aus dem Patraczer Spital; 4. Dr. Valenta: Demonstration einer seltenen, angeborenen Steißgeschwulst.

— (Juristische Gesellschaft.) Die zweite Wochenversammlung der juristischen Gesellschaft zur Vberprüfung der neuen Gesetze findet heute halb 7 Uhr Abends statt.

— (Theater.) Der „Glöckner von Notre-Dame“ von Charlotte Birch-Pfeiffer, ein romantisches Drama, das von effectvollen Schaulustspielen strotzt, bot gestern Fr. Solms Gelegenheit sich auszuzeichnen; wir waren ganz überrascht, das Fräulein, das wir bisher nur in Nebenrollen zu sehen gewohnt waren, als tragische Heldin wiederzufinden. Das Zigeunermädchen Cameraloa wurde von ihr mit viel Wärme und Empfindung dargestellt, sie wurde dafür aber auch zweimal gerufen. Fr. Schmidt's und Fr. Stefan waren wie gewöhnlich brav. Hrn. Bergmann würden wir ein mäßigeres Stützen der Leidenschaft ratben, er käme dann mit seinen Mitteln besser aus und würde dadurch eine gefährliche Klippe, das Monotonwerden, umschiffen. Das Haus war ziemlich gut besucht und sehr dankbar.

Neueste Post.

Wien, 21. November. Bürgermeister Zelinka ist heute Nachmittags um 3 Uhr gestorben.

Pest, 21. November. (Sitzung des Unterhauses.) Die Finanzcommission legt das Budget des Ministeriums für Communicationen vor. Der Gesetzentwurf über den Volksschulunterricht wird mit unwesentlichen Modificationen angenommen.

Pest, 21. November. Der Finanzausschuß der ungarischen Delegation will die gemeinsamen Pensionen nur nach dem Quotenverhältniß von 23 zu 77 gelten lassen. Der ungarische und der cisleithanische Finanzminister verhandeln nun darüber.

Berlin, 21. November. Die Geschäftsordnungscommission des Abgeordnetenhauses beschloß, die nord-schleswig'schen Abgeordneten Ahlemann und Krüger zur Weidigung auf die Verfassung vor das Haus zu laden und widrigenfalls ihre Mandate als erloschen zu erklären.

Madrid, 21. November. Ein Decret Sagasta's proclamt die Associationsfreiheit und giebt die Bedingungen der Ausübung derselben bekannt. Die Gesell-

schaften dürfen von keiner Autorität im Auslande abhängen. Auf das Ansehen wurden bisher 11.950,800 Thaler subscribirt.

London, 21. November. Lord Stanley nahm gestern ein Amendement zu dem Protokoll über die Alabama-Frage an, demgemäß die Commission in Washington und nicht in London tagen soll.

Kopenhagen, 21. November. (Sitzung des Folkething.) Bei der Verhandlung des Gesetzes über die Wehrpflicht macht der Justizminister die Durchführung der Gesetzentwürfe zur Cabinetsfrage für seine Person. Durch ein Mißverständnis wurde die Gesetzentwürfe mit 51 gegen 22 Stimmen verworfen.

Havana, 20. November. Aus Insurgentenkreisen stammenden Nachrichten zufolge haben die Insurgenten ein siegreiches Gefecht mit Regierungstruppen bestanden. Ferner soll der Insurgentenführer Ubara die Stadt Puerto-Principe eingenommen und die gesammte Garnison gefangen genommen haben. Die Zahl der Todten und Verwundeten ist unbekannt.

Telegraphische Wechselcourse.

vom 21. November. 5perc. Metalliques 58 75. — 5perc. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 59.25. — 5perc. National-Anlehen 63.80. — 1860er Staatsanlehen 88.40. — Bantactien abgestempelt 685. — Creditactien 233.80. — London 117.10. — Silber 115.25. — R. t. Ducaten 5.52 1/2.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Laibach, 21. November. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 12 Wagen mit Getreide 4 Wagen mit Heu und Stroh (Heu 49 Ctr. 38 Pfd., Stroh 11 Ctr. 20 Pfd.), 30 Wagen und 3 Schiff (17 Kistr.) mit Holz.

Durchschnitts-Preise.

Table with 4 columns: Item, Price (fl. kr.), Item, Price (fl. kr.). Includes items like Weizen pr. Megen, Korn, Gerste, Hafer, Halbfucht, Heiden, Hirse, Kukuruz, Erdäpfel, Linsen, Erbsen, Fisiolen, Rindschmalz, Schweineschmalz, Speck, Butter pr. Pfund, Eier pr. Stück, Milch pr. Maß, Rindfleisch pr. Pfd., Kalbfleisch, Schweinefleisch, Schafschmalz, Hühner pr. Stück, Tauben, Hen pr. Zentner, Stroh, Holz hart, weich, weißer, Speck geräuchert.

Angelkommene Fremde.

Am 19. November.

Stadt Wien. Die Herren: M. Schönfeld, Kaufm., von Udine. — Braune, Geschäftsm., von Gottschee. — Wetzrich, von Klindorf. — Die Frauen: Gräfin Pace, Stiftsdame, von Görz. — Ruard, Gewerks-Besitzerin, von Cava. Glesant. Die Herren: Danner und Poche, Kaufm.; Kadere, Holzhändler; Dorese und Consorte, von Triest, De Bruiw, Lloyd-Beamter, von Constantinopel. — Stenowitz, von Zagor. Draika, Kaufm., von Gali. Baierischer Hof. Herr Mayer, k. k. Schiffsführer, von Vota.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with 7 columns: Date, Time, Barometerstand, Lufttemperatur, Wind, Ansehen des Himmels, Niederschlag. Includes data for Nov 21 and 22.

Am 21. und 22. herrliche wolkenlose Tage, trockene Luft, sanftes Abendroth. Das Eis auf freistehenden seichten Gewässern über drei Zoll mächtig. Das Tagesmittel der Wärme Samstag 3.4° um 5.8°, am Sonntag - 4.9° um 7.3° unter dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.

Börsenbericht.

Wien, 20 November. Die Börse war sehr animirt und fast alle Papiere haben beträchtliche Aufbesserungen zu verzeichnen, doch gilt das vorzugsweise von Industrie-Actien. Devisen und Valuten verkehrten zur ziemlich unveränderten Notig. Geld abundant.

Large table with multiple columns: Public Debt (Öffentliche Schuld), Bonds (Anleihen), Stocks (Actien), Exchange (Wechsel), and Gold/Silver (Gold Waare). Includes various financial data and prices.